Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg.

Freitag, 24. Februar 1922

Nummer 94 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugendgenosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland; Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die gleitende Lohnskala

Von Richard Seidel

Das Problem der gleitenden Lohnskala wird lebhaft erörtert. Die unausgesetzte Steigerung der Preise zwingt die interessierten Organisationen und Behörden immer wieder zur Beschäftigung mit der Frage, wie die Angleichung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten möglichst rasch und sicher zu bewirken ist. Die in den letzten Teuerungsjahren oft wiederholten Erörterungen dieser Frage zeigen zum mindesten, daß die bisher geübte Methode der Lohnfestsetzung volle Befriedigung auf keiner Seite ausgelöst hat, so daß die Beteiligten nach einer besseren Methode suchen. Daß sie in der gleitenden Lohnskala zu finden sei, wird in Gewerkschaftskreisen noch lebhaft bestritten. Es fehlt der Idee nicht an heftigen Gegnern, aber auch nicht an enthusiastischen Freunden, die, wie uns scheint, beide fehlgehen. Den Freunden der gleitenden Lohnskala, die sich der Begeisterung für die Idee hemmungslos hingeben, muß entgegengehalten werden, daß es eine trügerische Hoffnung wäre, wollte man glauben, die gleitende Lohnskala sei der letzte Schritt zum sozialen Frieden, das endlich entdeckte Heilmittel gegen alle sozialen Schäden. Dieser zum Glück nicht sehr verbreitete Glaube geht aus von der Vorstellung, daß die gleitende Lohnskala zu verwirklichen ist als ein einseitig von besonderen Behörden bedienter Apparat, der von Zeit zu Zeit Zahlen produziert, nach denen überall und gleichzeitig die Löhne unweigerlich geregelt werden müssen. Es gäbe, so glaubt man, dann keine Möglichkeit und auch keine Notwendigkeit des sozialen Kampfes mehr.

Ein derartig starres System ist undenkbar. Strenge und Zwang werden im sozialen Leben niemals regelnd, sondern stets verwirrend und aufreizend wirken. Das ist im Falle der gleitenden Löhne sofort klar, wenn wir nur einen Augenblick bedenken, daß es sich doch bei alledem letzten Endes um den Menschen handelt, dessen Lebens- und Kulturspielraum unmöglich von einer Rechenmaschine bestimmt werden kann. Die Wirkung dieser Starrheit würde auch durch die Zerlegung des Reiches in eine Anzahl von Inderbezirken nicht wesentlich abgeschwächt werden. Auch sind die Voraussetzungen für die Regulierung der Löhne in den einzelnen Industriezweigen viel zu verschieden, als daß eine zentrale Regelung mit zwangsmäßiger Wirkung durchführbar wäre.

Diese starre Methode würde aber vor allem jeden Einfluß der Gewerkschaften auf die Lohnhöhe ausschalten. Das Bestreben der Gewerkschaften kann jedoch unmöglich darauf beschränkt sein, für die Sicherstellung der Notwendigkeiten des nackten Lebens zu sorgen. Es muß darüber hinaus den Kulturspielraum der Arbeiterklasse zu erweitern suchen durch die Erringung eines wachsenden Anteiles am Produktionsertrag.

Ein starres System der gedachten Art würde diesen Anteil für alle Zeit gleich niedrig halten. Das ist der erste der beachtenswerten Einwendungen gegen die gleitende Lohnskala, die besonders von gewerkschaftlicher Seite erhoben werden. Auch er richtet sich, wie wir sehen, lediglich gegen ein als kalten Mechanismus aufgefaßtes System. Er könnte also gegenstandslos werden, wenn es gelänge, das System seiner starr mechanischen Wirkung zu entkleiden und mit den Wechsel der Umstände, die die Lohnhöhe mitbestimmen, in Einklang zu bringen.

Ein zweiter wichtiger Einwand bezieht sich auf die Anwendung der gleitenden Lohnberechnung bei sinkenden Lebenshaltungskosten. Stellt sich die mechanische Anwendung der Methode — ohne Rücksicht auf die besonderen Umstände in den einzelnen Produktionszweigen — schon bei steigenden Preisen als unmöglich heraus, so würde sie bei fallender Preiskurve geradezu aufreizend wirken.

Solches Vorgehen würde zur Folge haben, daß die Arbeiterschaft von der Erleichterung der Lebenslage, die das Fallen der Preise allgemein zur Folge hätte, ausgeschlossen bliebe. Die Arbeiterschaft würde in dem Augenblick, da sie glaubt, nach der langen Qual einer auf die nackte Notdurft beschränkten Lebenshaltung aufatmen zu können, sofort zurückgestoßen werden in das alte ewige Grau einer aufs äußerste bedrängten Lage. Eine mit strenger Bindung wirkende Gesetzgebung dieser Art hieße nicht nur, das gegenwärtige Elend verewigen, sondern hieße geradezu, ein kultur- und freudloses Dasein für das Proletariat zum Staatsprinzip erheben. Es erwartet wohl niemand, daß die Arbeiterschaft einen solchen Versuch des „Lohnabbaues" geduldig ertragen würde.

Ein derartiges Verfahren wäre aber auch darum besonders hart, weil bei einer starken Teuerung der Lebensspielraum der breiten Massen ohnehin zunehmend eingeengt wird. Das heißt, in dem Augenblick, da nach langer Teuerung die Wendung zum Sinken der Lebenshaltungskosten eintritt, steht die Kaufkraft der Löhne — von Ausnahmefällen in zufällig begünstigten Produktionszweigen abgesehen — am tiefsten. Eine sofortige automatische Senkung der Löhne würde auch darum unmöglich sein. Es ist daher der Vorschlag gemacht worden, mit der Verminderung der Löhne nach Maßgabe der sinkenden Inderziffer erst sechs Monate nach dieser Wendung zu beginnen und den Lohn- und Gehaltsempfängern damit einen wirtschaftlichen Vorsprung zu geben.

Damit würde erreicht werden, daß ein Teil der während der Zeit der steigenden Preisziffern gewonnenen Zulage dauernd in den Lohn eingehen und erhalten bleiben würde. Wie groß dieser Teil aber wäre, das ist im Voraus nicht zu übersehen. Seine Größe würde abhängig sein vom Tempo der Preisverminderung. Ist es langsam, dann ist dieser Bestandteil der Zulagen, der dauernd als Einkommen erhalten bleibt, gering, und damit ungenügend, ist das Tempo lebhafter, dann ist der Bestandteil größer. Auch dieses Verfahren würde also nicht ausschließen, daß der Abbau der Löhne, wenn er nach sechsmonatiger Karrenzzeit einsetzt, drückend fühlbar wird und zu heftigen sozialen Kämpfen führt.

Faßt man indes das Prinzip der gleitenden Lohnskala als ein ewiges auf, als eine Lösung des Lohnproblems, glaubt man, daß es, einmal eingeführt, überall und allezeit gleichzeitig Anwendung finden muß und finden kann — dann ist es schwer, der Anwendung des Systems bei steigenden Preisen zuzustimmen und es bei fallenden Preisen abzulehnen. Man darf die gleitende Lohnskala daher von vornherein nur als das nehmen, was sie günstigenfalls sein kann: als einen Notbehelf, geboren aus dem Zwang momentaner Umstände, nicht als ein allgegenwärtiges Gesetz.

Der Gedanke der gleitenden Lohnskala hat einigen Anklang gefunden, weil die Umstände der Zeit uns zwingen, nach möglichst sicher wirkenden Methoden der Angleichung der Löhne an die Preise Umschau zu halten. Die gegenwärtig angewandten Methoden der Lohntarife mit ganz kurzen Fristen sind kompliziert und ungenügend. Es ist offenkundig, daß sie bei aller Rührigkeit der Gewerkschaften für eine große Zahl der Arbeiter und Angestellten noch nicht einmal immer die rechtzeitige Angleichung der Löhne an die Preise für den notwendigen Lebensbedarf sicherstellen konnten. Meist folgte die Erhöhung der Tariflöhne den Preissteigerungen erst in längeren oder kürzeren Zwischenräumen nach, während die Preiskurve ihren Weg zur Höhe inzwischen rüstig fortgesetzt hatte.

Dieser letzte, schwer drückende Uebelstand könnte durch eine gleitende Lohnberechnung beseitigt werden. Unter den gegenwärtigen Umständen, die zahlreiche Hemmungen der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften hervorbringen, würde also die Angleichung der Löhne an das jeweilige Preisniveau für die lebensnotwendigen Dinge mit Hilfe der gleitenden Lohnskala schneller und sicherer erfolgen, als auf dem Wege über langwierige Einzelverhandlungen in den Tarifkörperschaften. Mehr vermag dieses System allerdings nicht. Da aber die bisher üblichen Methoden der Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Umständen noch nicht einmal dieses mit der gleichen Sicherheit zu erreichen vermögen, würde die Einführung der gleitenden Lohnskala, wenn wir ihre Anwendung auf diesen begrenzten Kreis ihrer Wirksamkeit beschränkten, immerhin einen schätzenswerten Vorteil darstellen. Das wenige, was die Arbeiterschaft mit Hilfe der Gewerkschaften jetzt durchsetzen kann, erreicht sie durch die gleitende Lohnskala in einer weniger umständlichen Weise und außerdem rechtzeitiger als durch Tarifverhandlungen.

Ist so die Wirkung der gleitenden Lohnskala durch die Natur der Dinge eng begrenzt, so muß auch ihre Anwendung in entsprechend engen Grenzen gehalten werden. Auch die Bedenken gegen die Idee, die in Gewerkschaftskreisen und in der Arbeiterschaft bestehen, werden durch Erwägungen dieser Art nicht sofort zu beseitigen sein. Es wäre daher falsch, das System der gleitenden Löhne auf gesetzmäßigem Wege und zur gleichmäßigen Anwendung auf alle Produktionszweige einzuführen. Die Staatsgewalt muß auch hier — und gerade hier, denn bei aller Sorgfalt der Ueberlegung bleibt die Einführung der gleitenden Lohnskala zunächst ein Experiment — den Gewerkschaften die Möglichkeit zu lassen, ihr Handeln in voller Freiheit selbst zu bestimmen. Die Einführung der gleitenden Lohnberechnung sollte daher nur auf dem Wege der tarifmäßigen Vereinbarung erfolgen und nur für die Dauer des Tarifes Geltung haben. Bei Ablauf des Tarifes besteht dann die Möglichkeit, das System der Berechnung und den Grundlohn, von dem die Berechnung nach der Inderziffer auszugehen hat, zu ändern oder das

Eine Steuer zum Besten der Zechenbarone

Neue Stinnespläne — Erhöhung der Kohlenpreise

Das Handelsblatt der „Vossischen Zeitung" berichtet über eine neue Erhöhung der Kohlenpreise, die zur Ausgleichung an die Weltmarktpreise führen soll, folgendes:

Am kommenden Montag findet, wie wir erfahren, eine gemeinsame Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats statt, die über **eine Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. März** Beschluß fassen soll. In welchem Umfang die Erhöhung vorgenommen wird, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Jedenfalls sollen die neuen Preise möglichst bis auf die Höhe der Weltmarktpreise gebracht werden. Das Ausmaß wird von den morgen stattfindenden Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abhängen. Letztere haben eine Zulage pro Schicht von 25—30 M. beantragt, und es steht noch nicht fest, ob diese Forderung von den Arbeitgebern voll bewilligt werden wird. Die Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreis beträgt zur Zeit im Durchschnitt 250—300 Mark pro Tonne. Diese Spanne wird bereits wesentlich verringert durch die am 1. März voraussichtlich in Kraft tretende, von 20 auf 40 Prozent erhöhte Kohlensteuer sowie durch die am gleichen Tage in Kraft tretende neue Frachttariferhöhung um 20 Prozent. Treten nun noch die neuen Lohnzulagen sowie die erhöhten Materialienpreise hinzu, so fehlt bis zur Erreichung der Weltmarktpreise nicht mehr allzu viel. Es sollen bei der neuen Erhöhung insbesondere die Stinnesschen Pläne Berücksichtigung finden, wonach **den Zechen erhöhte Abschreibungssätze zu Neuinvestierungen zugebilligt werden sollen**, um einem erhöhten Brennstoffbedarf voll genügen zu können. Daß, wie verschiedentlich verlautet, aus den neuen Erhöhungen **bestimmte Beträge dem Reich zur Begleichung von Reparationsforderungen überwiesen** werden, dürfte kaum in Frage kommen.

Auch uns ist bekannt, daß Herr Stinnes unter Aufbietung seines ganzen Einflusses und auch mit anderen Mitteln auf die Hinauftreibung der Kohlenpreise zur Höhe der Weltmarktpreise hinarbeitet. Sein Plan ist, die dadurch aus den Taschen der Konsumenten gezogenen Ueberschüsse zur Abteufung neuer Schächte und Verbesserung der Grubenanlagen zu benutzen. Da die Erhöhung der Kohlenpreise durch Reichsgesetz erfolgt, würde dieser Schritt bedeuten, daß der Gesamtheit eine Steuer auferlegt wird, deren voller Betrag in die Hände der Zechenbesitzer übergeht, damit sie ihren Besitz vermehren und befestigen können.

Im Handelsteil der „Zeit", einem Blatte also, das Herrn Stinnes sehr nahe steht, werden die Angaben der „Vossischen Zeitung" über die Kohlenpreiserhöhung im allgemeinen bestätigt, und über die besonderen Absichten des Herrn Stinnes heißt es dort:

„Hierbei sei auch noch gleich die Nachricht richtiggestellt, die von einer Verwendung des Ueberschusses für die Abteufung neuer Schächte in Oberschlesien spricht. Schon lange geht der Wunsch, eine Kohlenpreiserhöhung zu erreichen, die nicht nur die tatsächlichen Ausgaben deckt, sondern noch einen Ueberschuß für **den weiteren technischen Ausbau der Zechen und zur Abteufung neuer Schächte** übrig läßt. Von einer Verwendung dieses Ueberschusses in Oberschlesien kann aber nicht die Rede sein. Die oberschlesischen Kohlenreviere stehen in gar keinem Zusammenhang mit der übrigen deutschen Kohlenindustrie. Oberschlesien setzt seine Kohlenpreise für sich fest mit Genehmigung der interalliierten Kommission. Ein Ausgleich mit den übrigen deutschen Kohlensyndikaten besteht nicht. Der Wunsch nach Erzielung von Ueberschüssen zur Abteufung neuer Schächte wird somit noch nicht in Erfüllung gehen. Die Abteufung eines neuen Schachtes kostet heutzutage rund 1 Milliarde Mark. Allerdings werden wir **in nicht allzu langer Zeit doch vor die Notwendigkeit gestellt werden, Mittel hierzu auf irgendeine Weise aufzubringen.**"

Diese Mitteilung unterscheidet sich von der Darstellung der „Vossischen Zeitung" nur insofern, als nach der „Zeit" der „Ueberschuß für den weiteren technischen Ausbau der Zechen und zur Abteufung neuer Schächte" in der gegenwärtig angestrebten Kohlenpreiserhöhung noch nicht enthalten ist. Für diesen Zweck erstreben die Leute um Stinnes also eine weitere Steigerung der Preise über das gegenwärtige Ziel hinaus. Die „Zeit" erklärt, die jetzt in Frage kommende Kohlenpreiserhöhung „wird vollkommen durch die Lohn- und Steuererhöhung aufgebraucht".

In Wirklichkeit stehen die Dinge so, daß die Zechen auch jetzt schon so ungewöhnlich große Ueberschüsse abwerfen, daß eine Verbesserung der Betriebsanlagen und das Schlagen neuer Schächte auch ohne die geplante maßlose Schröpfung der Konsumentenschaft möglich wäre. Das wird dadurch bewiesen, daß, wie verlautet, eine Reihe von Zechen in nächster Zeit mit der Abteufung neuer Schächte beginnen wollen. Nur Herr Stinnes und die von ihm abhängigen Unternehmungen haben bisher alle Maßnahmen zur Vermehrung der Produktionsmenge systematisch sabotiert. Sie stellen sich so, als seien sie zu solchen Maßnahmen finanziell nicht in der Lage, um immer neue Kohlenpreiserhöhungen herauszuschinden. Wir hoffen, daß die Vertreter der Arbeiter in den maßgebenden Körperschaften sowie die Regierung die Situation richtig erkennen und die Pläne des Herrn Stinnes unter allen Umständen durchkreuzen. Wenn schon die Ueberschüsse zur Erweiterung und Verbesserung der Grubenanlagen durch eine solche verschleierte Kohlenverbrauchssteuer aufgebracht werden sollen, dann dürfen die aus einem solchen Opfer der Gesamtheit geschaffenen Anlagen nicht Besitz einiger Schwerkapitalisten werden. Dieser Weg wäre eine unerhörte Herausforderung der Arbeiterschaft, die eine Sozialisierung der Gruben, aber nicht eine Stabilisierung der stinnesierten Kohlenwirtschaft auf Kosten der Gesamtheit fordert.

Prinzip wieder zu verwerfen, je nach den Erfahrungen, die seine Anwendung inzwischen gebracht hat. Auch Grelling hat im „Vorwärts“ diesen Weg bereits vorgeschlagen. Damit wäre erreicht, daß die Erhaltung der Lohnhöhe auf dem lebensnotwendigen Niveau auch ohne langwierige Verhandlungen absolut sichergestellt ist. Es bliebe den Gewerkschaften aber zugleich die Freiheit, nach Ablauf des Tarifes besondere Schritte zur Vergrößerung des Anteiles der Arbeiterschaft am Produktionsertrag zu unternehmen. Auf diese Weise entsteht aber vor allem auch die Möglichkeit, die gleitende Lohnberechnung nur für die Zeit der steigenden Preise anzuwenden, denn gegenwärtig geschlossene Tarife haben sicherlich nur für eine solche Zeit Geltung.

Die Frage eines Abbaues der Löhne, die gewiß einmal an uns herantreten wird, kann der Zukunft und zukünftigen Tarifabschlüssen überlassen bleiben. Wir vermeiden damit, daß wir die Entscheidung über unsere Handlungen vorwegnehmen und uns binden für einen Zustand, dessen praktische Notwendigkeiten und — Machtverhältnisse wir gegenwärtig noch nicht abzuschätzen vermögen.

Aufgabe der Regierungsstellen wäre es nur, gemeinsam mit Gewerkschaften ein für alle annehmbares Berechnungssystem festzusetzen und für die laufende Errechnung der Inderziffern nach der vereinbarten Methode zu sorgen. Damit hätten sie den einzelnen Tarifgemeinschaften die Grundlage für ihre gleitenden Berechnungen zu geben. Ueberdies müßten die Behörden die Erfahrungen sammeln und nutzbar machen, die sich aus der Anwendung der gleitenden Lohnskala ergeben, und im übrigen sollten sie sich in die Regelung der Dinge so wenig wie möglich einmischen.

Auffrischung des Steuerkompromisses

Wie berichtet wird, begannen gestern nachmittag im Reichstag die Beratungen von Vertretern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, die der Auffrischung des Steuerkompromisses dienen sollen. Von der Regierung nahmen Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsfinanzminister Hermes daran teil. Der Reichskanzler wies auf die Notwendigkeit hin, die Verhandlungen der Steuerausschüsse sobald wie möglich zu beenden und ersuchte daher die Parteien, ihre Besprechungen über das Steuerkompromiß während der Pausen des Reichstags fortzusetzen. Auch der Entwurf eines Mantelgesetzes für die Steuergesetzgebung lag den Parteivertretern bei ihren gestrigen Beratungen vor. Dieses Gesetz umfaßt auch das Gesetz über die Zwangsanleihe. Die Beratungen über das Mantelgesetz werden bereits in der nächsten Woche erwartet.

Das „Berliner Tageblatt“, das sich als besonders gut unterrichtet zeigt, fügt hinzu, der Finanzminister Hermes werde in der Frage des Mantelgesetzes sich auch mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung setzen. Man glaube, die Deutsche Volkspartei werde die Konsequenzen aus ihrer früheren Zustimmung zum Kompromiß auch bei der endgültigen Formulierung und Verabschiedung des Gesetzes ziehen.

Hermes und die Deutsche Volkspartei vereint, werden also dem neuen Steuerkompromiß den Stempel aufdrücken, womit man im voraus weiß, wie es beschaffen sein wird.

Groener und die Eisenbahner

Immer wieder stellt sich Groener einer friedlichen Verständigung mit den organisierten Eisenbahnbeamten in den Weg. Jetzt hat er es abgelehnt, eine von der Reichsgewerkschaft gebildete Verhandlungskommission zu empfangen, weil dieser Kommission auch Beamte angehören, gegen die ein Disziplinarverfahren schwebt. Sie gelten als „Urheber“ des Streiks. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten teilt dazu mit, daß es ihr unmöglich ist, die Kommission anders zusammenzusetzen, da das Reichsverkehrsministerium gegen fast alle Mitglieder des erweiterten Vorstandes das Disziplinarverfahren wegen führender Beteiligung am Streik eingeleitet habe.

Zur Vorgeschichte bemerkt die Gewerkschaft noch, daß dieselbe Kommission am Mittwoch abend mit ihrem Material bei dem Reichskanzler vorgesprochen habe und von diesem ausdrücklich zur Fortführung der Verhandlungen an den Reichsverkehrsminister verwiesen worden sei. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft wird heute zu der Erklärung des Reichsverkehrsministers Stellung nehmen.

Groeners Auftreten ist in der Tat unerhört, und wir sind erstaunt, daß die Regierung kein Mittel findet, diesen Mann, der alle ihre Maßnahmen durch eigenmächtige Handlungen durchkreuzt, das Handwerk zu legen. Was sagen übrigens die alten Gewerkschafter dazu, die in der Regierung sitzen? Was hält z. B. Herr Bauer von solchen Methoden des Umgangs mit organisierten Arbeitnehmern? Die Arbeiterschaft — wenigstens der vertrauensseligere Teil derselben — hätte von ihm erwartet, daß er solchem Treiben entgegentreten würde. Sollte sie eine Enttäuschung erleben?

Spanische Hoflieferanten

Wir wiesen schon in unserer heutigen Morgenausgabe darauf hin, daß die Begründung, die das Auswärtige Amt in Auslieferung der spanischen Syndikalisten gab und die sich auch der Reichsjustizminister Radbruch zu eigen gemacht hat, auf sehr schwachen Füßen steht. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch die „Vossische Ztg.“, die recht energisch gegen Herrn Radbruch Stellung nimmt:

„Das Gebiet strenger juristischer Beweisführung — schreibt sie — hat der Minister in einem Punkte wohl ein wenig verlassen, **vielleicht verlassen müssen**, bei der Erörterung der Frage, wann eine Mordtat politischen Charakter annehme. Der Minister vertrat die Anschauung es müsse der objektive Tatbestand eines „ausgearbeiteten Hochverratsvorsatzes“ gegeben sein, zu dessen Durchsetzung die Mordtat dienen soll. Nicht die politischen Motive, nur der politische Zweck bestimme den Charakter.

Diese Lehre ist, wie gesagt, bestritten. Aber man darf vielleicht die Frage aufwerfen, **ob denn, selbst wenn man sich auf den Boden dieser Lehre stellt, nicht im vorliegenden Falle der politische Zweck ebenfalls als gegeben betrachtet werden kann.** Die spanischen Syndikalisten betreiben, ebenso wie es die russischen Nihilisten getan haben, eine „Propaganda der Tat“. Durch Terrorakte wollen sie die eigene Regierung einschüchtern, und das eigene Volk wie alle Nationen der Welt auf ihre Ziele aufmerksam machen. Diese Ziele — die völlige Revolutionierung von Staat und Gesellschaft — sind verwerflich und gemeinschädlich, aber man kann nicht umhin, sie als „politisch“ zu bezeichnen. . . . . .

Gibt die Demokratie mit den Anspruch auf die Asylhoheit für politische Verbrecher eines ihrer Hauptprinzipien auf, so beginnt sie, selbst den Boden zu unterhöhlen, auf dem sie ihr Gebäude hochgeführt hat. Niemand zweifelt, daß die Ultraradikalen von rechts wie von links, sollten sie einmal irgendwo zur Macht gelangen, dieses demokratische Grundrecht ihrerseits nicht würden gelten lassen. Aber es hat inzwischen die Seelen wie die Geister erobert, es nistet im Gedankenkreis der neuen Machthaber selbst, und es erzwingt sich schließlich doch die Anerkennung. Vorbedingung dafür ist allerdings, daß die Demokratie selbst ihr Prinzip heilig gehalten hat.

Ohne Zweifel haben die Regierungen des Reichs und Preußens sich ehrlich bemüht, den demokratischen Geist mit dem starren Rechtsbuchstaben des Auslieferungsvertrages zu vereinbaren. **Das Ergebnis ist nicht befriedigend, konnte es vielleicht nicht sein.**“

Trotz der höflichen Einschränkungen, die die „Voss. Ztg.“ zugunsten des guten Willens der Regierungen macht, ist ihre Kritik, insbesondere für Herrn Dr. Radbruch, vernichtend. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, wie die hier angedeuteten zwingenden Gründe geartet sind, die den Reichsjustizminister, trotz besserer Einsicht und Ueberzeugung, dazu veranlaßt haben, die politische Asylhoheit zugunsten der spanischen Mordjustiz preiszugeben und diese Preisgabe mit fadenscheinigen Argumenten zu beschönigen.

Madrid, 23. Februar.

Die des Mordes an Dato beschuldigten Spanier Fort und Frau sind heute vormittag aus Berlin in Madrid angekommen. Um die Menge der Neugierigen zu vermeiden, wurden die beiden Gefangenen auf Bahnhof Plantion, einige Kilometer vor Madrid, aus dem Zuge in ein Automobil übergeführt und mit diesem nach Madrid gebracht.

Der polnische Landtag hat den Antrag, die Neuwahlen am 25. Juni vorzunehmen, mit 118 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Hingegen mit 104 gegen 73 Stimmen den Antrag des Abgeordneten Liebermann angenommen, wonach die Neuwahlen nach Abschluß der Wahlreform im Laufe des Sommers durchgeführt werden sollen.

Der Militäretat

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag der Militäretat behandelt. Der Berichterstatter Stücklen (SPD.) wies auf die großen Kosten hin, die unser Heer verursache und regte die Frage nach der Bildung einer Miliz an. Reichswehrminister Geßler antwortete, er könne mit voller Ueberzeugung sagen, daß das Heer ein sicheres Instrument in den Händen der Regierung sei und zu den Befehlen der Regierung stehe. Er ging dann kurz auf die Soldatenmißhandlungen ein und meinte, einen Soldaten, der sich schlagen läßt, könne er ebenso wenig gebrauchen wie einen Vorgesetzten, der schlägt.

Genosse Künstler sprach über die Soldatenmißhandlungen und zog einzelne Fälle an. Vor allen Dingen sind im Reiterregiment Nr. 3 in Rathenow, das unter dem Befehl des Kommandanten Enkevort steht, Schlägereien an der Tagesordnung. So hat der Rittmeister Brenken der A-Eskadron die Prügelstrafe als ein pädagogisches Erziehungsmittel häufig gegen seine Untergebenen angewendet. **Er bestellt seine Opfer auf sein Zimmer und verlangt, sie sollen das Gesäß entblößen und die väterliche Züchtigung empfangen. Soldaten, die dieser Aufforderung nicht nachkamen, wurden entlassen,** ebenso ein Wachtmeister namens Liesenfeld, der 14½ Jahre im Dienst war. Er wandte sich gegen die Prügelstrafe und wurde dadurch den höheren Vorgesetzten unbequem.

Genosse Künstler kritisierte dann die Handlung des Reichswehrkommandanten General v. Möhl aus Anlaß des Begräbnisses des bayerischen Exkönigs. Aus Anlaß des Ablebens dieser Privatperson hatte der „republikanische“ General einen Tagesbefehl an seine untergebenen Truppen erlassen, in dem er dem Tode Seiner Majestät des Königs sprach. Genosse Künstler verlangte Auskunft, ob der Reichswehrminister diesen Tagesbefehl billigt.

Reichswehrminister Geßler gab nochmals die bestimmte Versicherung ab, daß das Heer keine Gefahr für die Republik bedeute. Es stehe fest auf dem Boden der Verfassung. — Genosse Moses ging auf die ungeheuren Ausgaben für das Heer ein und betonte, daß diesen gegenüber die Ausgaben für soziale und kulturelle Pflichten verschwindend gering seien, z. B. seien für die Bekämpfung der Tuberkulose nur 3 Millionen Mark in den Etat eingesetzt. Genosse Moses führte eine weitere Zahl von Soldatenmißhandlungen an.

Der Kampf in Mansfeld geht weiter

Ablehnung des Schiedsspruchs

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 24. Februar.

Eine am Mittwoch tagende Konferenz der Vertrauensleute der streikenden Bergarbeiter in Mansfeld lehnten die Annahme des Schiedsspruches mit 186 gegen 6 Stimmen ab. Eine entsprechende Resolution, in der dem Bergarbeiterverband und der Streikleitung das vollste Vertrauen ausgesprochen wird, gelangte zur Annahme. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß es der Leitung gelingen möge, die berechtigten Forderungen durchzusetzen. Donnerstag fanden im Laufe des Tages im ganzen Mansfelder Bergrevier etwa 20 überfüllte Bergarbeiterversammlungen statt, um durch Urabstimmung die Stimmung der Streikenden zum Ausdruck zu bringen. In allen Versammlungen wurde der Schiedsspruch einmütig abgelehnt und eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Bergarbeiter unbedingt an ihren gestellten Forderungen festhalten.

Interessant waren die in einer Versammlung in Eisleben von dem christlichen Sekretär Ritterbeck gemachten Ausführungen. Er betonte, daß es das erste Mal sei, daß die gesamte Mansfelder Bergarbeiterschaft in einem großen Kampf stehe. Stets sei von den Arbeitgebern gesagt worden, die Arbeiter würden bei einem Kampfe ihren Führern nicht folgen. Jetzt habe das machtlüsterne Unternehmertum sein blaues Wunder erlebt. Die Bergarbeiterschaft müsse einmütig zusammenstehen und nicht auf die Lockungen der Mansfelder Syndikat A.-G. und ihrer Trabanten, der bürgerlichen Presse, folgen.

In der Untersuchungssache gegen die Erzbergermörder erfahren die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß sich außer dem Staatsanwalt Burger und dem zuständigen Untersuchungsrichter von Offenburg auch Oberstaatsanwalt Link von Offenburg und der dortige Untersuchungsrichter mit Erhebungen über die Geheimorganisation C betraut ist, in München befinden. Außerdem sind mehrere badische und württembergische Kriminalbeamte in München eingetroffen.

Opfertage der Berufsmusiker

Gegen die Lehrlingshöllen

Von Victor Noack

Der „Deutsche Musiker-Verband“ ist bemüht, seinen Einfluß auf das Musiklehrwesen zu erhöhen, um verhindern zu können, daß sogenannte „Musikschulen“ (Konservatorien) mit untauglichen Lernmitteln und unfähigen Lehrkräften minderwertigen Nachwuchs für den Musikerstand heranzüchten, dabei die Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten der Schüler (meist Minderbemittelte) übervorteilen und unberechtigte Gewinne für sich herausschlagen. Er wünscht vor allem das Unwesen der Lehrlingszüchtereien in Stadtpfeifereien, den ärgsten Krebsschaden am Musikerstande zu beseitigen. Er hält dieses Ziel für erreichbar durch öffentlich-rechtliche Einordnung des musikalischen Unterrichtswesens in das allgemeine öffentliche Unterrichtswesen und damit Unterstellung der Musiklehrbetriebe — vor allem der Lehrbetriebe in Stadtpfeifereien unter die öffentliche Schulaufsicht.

Der Weg zu diesem Ziel dürfte weit und schwierig sein und wird in Etappen zurückgelegt werden müssen. Zunächst will nun der „Deutsche Musikerverband“ bei öffentlichen Musik-Lehrinstituten Orchesterklassen für Berufsmusiker selbst einrichten. Der Anfang ist bereits gemacht. Bei der „Staatlichen akademischen Hochschule für Musik“ in Berlin besteht seit dem 1. November 1921 eine solche Orchesterschule, die, nachdem das Preußische Finanzministerium abgelehnt hat, das Unternehmen finanziell zu unterstützen, aus eigenen Mitteln des „Deutschen Musiker-Verbandes“ unterhalten wird. Nur der Unterrichtsraum und die Lehr- und Lernmittel werden von der Hochschule unentgeltlich gestellt. Die Schüler werden vom „Deutschen Musikerverband“ überwiesen. Ihre Aufnahme in die Schule ist vom Ausfall der Befähigungsprüfung abhängig. Das Schulgeld beträgt 300 M. pro Semester. Unbemittelte erhalten nicht nur Freistellen vom „Deutschen Musiker-Verband“, die Gewerkschaft gewährt in besonderen Fällen auch Beihilfen zum Lebensunterhalt während der Schulzeit. Verhandlungen wegen der Einrichtung gleichartiger Schulen schweben mit den Musikhochschulen in Köln, Weimar und Frankfurt a. Main. Der Verband hofft, daß der Unterricht in diesen Städten schon am 1. April d. J. beginnen werde.

Die Ausführung dieses Programms heischt natürlich großes Geldmittel. Wenn es auch nicht unmöglich ist, daß zukünftig auch Staatsmittel für diese ebenso bedeutende wie schöne Aufgabe bereitgestellt werden, die sich der „Deutsche Musiker-Verband“ vorgenommen hat, so ist er doch fürs Nächste auf die Selbsthilfe angewiesen. Er bittet deswegen seine Mitglieder und alle, die als ausübende Künstler (Instrumentalsolisten und Sänger), Theater- und Konzertunternehmer oder als Musikfreunde berufliche und ideelle Beziehungen zum Musikerstand unterhalten und die Bedeutung dieser Bildungsaufgabe ermessen können, sogenannte Opfertage, d. h. Konzerte usw. zu geben, deren Erträge der Einrichtung und Unterhaltung der oben beschriebenen Orchesterklassen und zu Stipendien für unbemittelte Schüler und Schülerinnen dienen sollen.

Um diesen Appell zu unterstützen sei hier versucht, klar zu machen, welche große Bedeutung dem Plane schon allein unter dem Gesichtswinkel der Tilgung der „Lehrlingshöllen“ in Stadtpfeifereien zukommt.

Im Frühjahr 1906 gab ich im 19. Bande der von Hans Ostwald herausgegebenen „Großstadt-Dokumente“ etwa die folgende Darstellung von der Laufbahn des jungen Berufsmusikers:

Sie beginnt in der „Stadtpfeiferei“. Der „Stadtpfeifer“ (üblicherweise „Kapellmeister“ genannt, wozu ihn aber nichts als eben dieser Brauch befugt) hält sich gewöhnlich ein oder auch mehrere Dutzend Lehrlinge und eine viel geringere Zahl, zuweilen nur zwei oder drei „Gehilfen“, meist mindertaugliche Musiker, denen die musikalische Ausbildung der Lehrlinge (14—17jährige Jünglinge!) anvertraut ist. Die an sich höchst fragwürdige Lehrtätigkeit dieser Musikanten ist natürlich beschränkt auf die wenige Zeit, die die praktische musikalische und sonstige Arbeit für den Lehrherrn ihnen sowohl wie den Lehrlingen selbst übrig läßt. Der Lehrling muß jede Arbeit, die ihm zugemutet wird, unentgeltlich leisten: Küchenarbeit, Kinderabwarten, Haus- und Landarbeit; Stuben- und Treppenscheuern, Viehställe ausmisten u. a. m. Dem Lehrherrn steht das Züchtigungsrecht zu. Das von den Eltern zu zahlende Lehrgeld betrug 1906 zwei- bis dreihundert Mark. Die Eltern haben die Instrumente, Kleidung und Wäsche zu beschaffen und zu unterhalten und bei Erkrankungen des Jungen die Kosten der Behandlung und Pflege zu tragen. Ungenügende Ernährung — man verschlingt am Mittagstische heiße ungeschälte Kartoffeln so schnell wie möglich, um nicht zu kurz zu kommen; überfüllte Schlafstuben — zwei bis drei Bettstellen wie in Kasernen übereinander; Ueberanstrengung der jugendlichen Körper durch Nachtarbeit, unausbleibliche alkoholische und sexuelle Ausschweifungen prädisponieren selbstverständlich für Krankheiten. Sowie die Lehrlinge ihre Instrumente zu halten verstehen, werden sie in rücksichtslosester Weise vom Unternehmer ausgebeutet. Oft müssen sie, mit Instrumenten, Pulten und Noten bepackt, es mag stürmen und regnen, oder die Sonne glühend scheinen, stundenlang laufen, ehe sie die Arbeitsstätte in irgendeinem Dorfe erreichen, wo dann erst der eigentliche Dienst beginnt: in verqualmtem Tanzsaal die ganze Nacht hindurch fiedeln und blasen bis in den hellen Morgen.

Annähernd sechzehn Jahre sind seit Veröffentlichung dieser Darstellung verstrichen. Vor mir liegt eine Beschwerde des „Deutschen Musiker-Verbandes“ (Bezirksleitung 10) an die Regierung in Magdeburg, datiert vom 19. Januar 1922 (!) gegen den Inhaber R. der Stadtpfeiferei in Ziesar. Darin heißt es u. a.: „Nach Ansicht der Bezirksleitung ist es unmöglich, daß R. irgendwie die Verpflichtung erfüllen kann, seine Zöglinge zu tüchtigen Musikern auszubilden, wenn ihm persönlich in seinem Geschäftsbetrieb keine Zeit zur Lehrkontrolle, den Zöglingen bei der unerhörten gewerblichen Ausnutzung von 182 (einhundertzweiundachtzig) Stunden in der 14tägigen Berichtszeit keine Zeit zum Lernen bleibt.“

In der „Deutschen Musiker-Zeitung“ (Amtsblatt des „Deutschen Musiker-Verbandes“) vom 1. Oktober 1921 lesen wir über die heutigen Zustände in Stadtpfeifereien: Vier bis fünf Lehrlinge schlafen und wohnen in einer engen Stube, und während die einen Schlaf suchen nach der Nachtarbeit, üben die andern auf ihren Instrumenten. Die tägliche Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 12 Stunden. Die musikalische Ausbildung besteht darin, daß die übermüdeten Jungen sich eiligst die nötigste Tanzmusik einzuüben versuchen. Ein Ziel, das auch der Lehrherr verfolgt, der übrigens nur in wenigen Ausnahmefällen als Musiker angesprochen zu werden verdient. Sein Dressurmittel ist das ihm auf Grund der Gewerbeordnung noch immer zustehende Züchtigungsrecht.

In einem in derselben Nummer der „Deutschen Musiker-Zeitung“ eingehender behandelten Falle in Schivelbein i. Pommern bediente sich der Lehrherr dabei eines mit Draht umwickelten Stockes.

In derselben Nummer und in den Nummern vom 20. August und 2. Juli 1921 berichtet die „Deutsche Musiker-Zeitung“ über skandalöse Zustände in den Stadtpfeifereien in Friesack (Mark), in Schönlanke und in Barth i. Pommern.

Vor mir liegen zehn Briefe (von Januar 1922) von verschiedenen Zeugen, Lehrlingen selbst und Mitbewohnern des Hauses, über Mißstände in der Stadtpfeiferei zu Olbernhau i. S.; Anklagen von einer Lebhaftigkeit, daß man hineinzuschauen glaubt in diese „Lehrlingshölle“. In Räumen von 3 zu 4 Meter Fußbodenfläche schlafen immer vier der jungen Menschen (Betten übereinandergestellt). In Lauenburg i. Pommern sind einem „Lehrherrn“, der wegen Unterschlagung zu einer hohen Geldstrafe und zu Gefängnis mit Strafaufschub verurteilt worden ist, 15 Lehrlinge und ein Volontär ausgeliefert. Er hält sich außerdem 3 Gehilfen, wovon nur 2 Berufsmusiker sind, einer Dilettant ist.

Die Frankfurter Konferenz

Vorbesprechungen der Zweiten Internationale

Die Vorbesprechung der Zweiten Internationale tagte im Gewerkschaftshause. Erschienen waren außer den Deutschen Vandervelde, Huysmans, De Man (Belgien), Tom Shaw, Jowett (Präsident der englischen Arbeiterpartei) und Gillies (England), Vliegen (Holland) und Andersen (Dänemark). Die Verhandlungen führten zu einer einmütigen Auffassung über die Taktik gegenüber der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der Dritten Internationale. Einstimmig waren die Delegierten der Meinung, daß man der Einladung der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu einer gemeinsamen Besprechung am Freitagmorgen folgen werde. Gegenüber der Dritten Internationale waren alle Redner einmütig von einer starken Zurückhaltung und einem gewissen Mißtrauen.

In der Sitzung des Vollzugsausschusses der Zweiten Internationale, die unter dem Vorsitz Vandervelades tagte, wurde zur Frage der Konferenz in Genua folgende Entschließung gefaßt:

„Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale stellt fest, daß die Frage des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft, die den wichtigsten Gegenstand der Konferenz von Genua bilden soll, im höchsten Maße eine Frage der Arbeiterklasse ist, die in allen Ländern unter der Anarchie der ökonomischen Verhältnisse am schwersten leidet. Es fordert daher die Arbeiterorganisationen auf, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um sich auf der Konferenz von Genua einen der Größe ihrer Interessen entsprechenden Einfluß zu sichern."

Ferner wurde zur georgischen Frage folgender Beschluß gefaßt:

„Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale hat sich am 23. Februar erneut mit der Lage des georgischen Volkes beschäftigt. Auf dem Boden der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stehend, die für die Zweite Internationale maßgebend sind, stellt das Exekutivkomitee fest, daß es keine andere rechtmäßige Regierung Georgiens gibt als die aus allgemeiner Wahl hervorgegangene. Die von der Sowjetregierung vorgeschobenen Vertreter können daher auch im internationalen Verkehr, wie insbesondere auf der Konferenz von Genua, nicht als Vertreter des georgischen Volkes mitreden."

Die eigentlichen Arbeiten der Fünfländerkonferenz sollen am Sonnabend beginnen.

14 Millionen Francs für Petersdorf?

Die „Dena" verbreitet eine „Matin"-Meldung, wonach die französische Regierung auf Grund der in der französischen Kammer von Poincaré beantworteten Interpellation über die Vorfälle in Gleiwitz-Petersdorf den alliierten Regierungen mitgeteilt hat, daß sie entschlossen sei, für die getöteten französischen Soldaten eine Sühneforderung in Höhe von 14 Millionen Francs bei der deutschen Regierung zu stellen.

Bis jetzt liegt keine Bestätigung dieser Meldung von deutscher amtlicher Seite vor. Wir können kaum annehmen, daß die französische Regierung Deutschland für den Petersdorfer Zwischenfall voll verantwortlich macht. Wenn auch eine mittelbare Schuld der deutschen Regierung allenfalls daraus konstruiert werden könnte, daß sie nicht alles getan habe, um das Bandenwesen in Oberschlesien auszurotten, so muß doch erneut darauf hingewiesen werden, daß der unglückselige Vorfall sich außerhalb des Machtbereichs der Reichsregierung zugetragen hat. Es ist ganz unverständlich, eine Regierung für Taten verantwortlich zu machen, die sie nicht verhindern kann, selbst wenn sie es wollte, die zudem in einer Umgebung und einer Atmosphäre geschehen, die geladen ist von nationaler Erregung auf beiden Seiten. Vergessen darf dabei auch nicht werden, wenn es den Petersdorfer Ueberfall auch keineswegs entschuldigt, daß die französischen Soldaten im Abstimmungsgebiet es nicht immer verstanden haben, ihre unparteiische Stellung zu wahren.

Wir verurteilen aufs schärfste die gemeine Tat von Petersdorf. Wir haben auch bereits dargelegt, wo unserer Ueberzeugung nach die Mitschuld liegt. Aber auf keinen Fall darf das ganze deutsche Volk für ein Verbrechen haftbar gemacht werden, mit dem es nichts zu tun hat.

Vertagung der Konferenz von Genua

Rom, 23. Februar.

Amtlich wird gemeldet, daß es infolge der langen Dauer der Ministerkrise der italienischen Regierung nicht möglich gewesen ist, das Datum des 8. März für den Zusammentritt der Genueser Konferenz aufrechtzuerhalten. Die Regierung hat infolgedessen eine kurze Vertagung beschlossen und hat diesen Beschluß durch ein Rundtelegramm allen zu der Konferenz eingeladenen Regierungen mitgeteilt. Gleichzeitig hat die italienische Regierung sich mit den alliierten Regierungen in Verbindung gesetzt, um in gemeinsamem Uebereinkommen ein anderes Datum festzusetzen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz gehen ohne Unterbrechung weiter.

Die Entscheidung über die Verschiebung der Genueser Konferenz mußte noch vom Ministerpräsidenten Bonomi, trotzdem sein Kabinett zurückgetreten ist, getroffen werden, weil Bonomi heute ein Telegramm Tschitscherins erhielt, in dem um genaue Angabe über den Zusammentritt der Genueser Konferenz im Laufe des morgigen Tages gebeten wird, weil die russischen Vertreter sonst nicht am 8. März in Genua eintreffen könnten.

Die englisch-französischen Besprechungen

Paris, 24. Februar.

Ministerpräsident Poincaré wird bei seiner Begegnung mit Lloyd George von dem politischen Direktor am Quai d'Orsay Peretti della Rocca begleitet sein. Seine Ankunft in Boulogne ist für 12 Uhr mittags vorgesehen. Schon abends 9 Uhr gedenkt Poincaré wieder in Paris zu sein. Die Unterredung werde von 3—5 Uhr nachmittags dauern. Der Ort der Zusammenkunft wird geheimgehalten.

Nach dem „Matin" handelt es sich um die Redigierung eines Dokuments, das das Abkommen der englischen und der französischen Regierung über die Konferenz von Genua feststellt und in dem alle Fragen aufgeführt werden, die in Genua behandelt werden sollen sowie alle, die dort nicht behandelt werden sollen.

EE. London, 24. Februar.

Mit der Begegnung zwischen Poincaré und Lloyd George scheinen die Besprechungen der einzelnen Länder noch lange nicht abgeschlossen zu sein. Im Unterhause wurde gestern erklärt, daß sich die alliierten Außenminister zur Besprechung der orientalischen Fragen bereits in der nächsten Zeit nach Paris begeben würden. Außerdem scheint, wie Lloyd George gestern im Unterhause erklärte, eine Besprechung zwischen ihm und den französischen Sachverständigen, die die Konferenz von Genua vorbereiten, geplant zu sein. Lloyd George fügte hinzu, er werde die Frage der Sachverständigenberatung am Sonnabend in der Konferenz mit Poincaré gleichfalls erörtern.

Deutsche Sachverständige in London

London, 24. Februar.

„Daily Telegraph" berichtet, daß bei der gestrigen Zusammenkunft des Organisationsausschusses des Internationalen Konsortiums zum ersten Male deutsche Delegierte, die Herren Staatssekretär a. D. Bergmann und Kempner, tätig teilnahmen. Bei der gestrigen Beratung sei ein guter Fortschritt erzielt worden.

Die alliierte Kontrolle in Deutschland

Vorläufig noch keine Beseitigung

London, 24. Februar.

Reuter erfährt, daß im gegenwärtigen Augenblick bei der alliierten Kontrolle in Deutschland sich etwa 200 Offiziere und 400 Unteroffiziere und Mannschaften befinden, britischer, französischer, belgischer, japanischer und italienischer Nationalität, die über das ganze Land verteilt seien mit dem Hauptquartier in Berlin. **Eine Beseitigung der alliierten Kontrolle käme nicht eher in Frage, als bis die Aufgabe, für die sie geschaffen worden sei, zur Befriedigung der alliierten Regierungen vollendet sei.**

Jede Art von Waffen und Munition, die entdeckt oder ausgeliefert wurde, wurde von der alliierten Kontrollstelle zerstört. Obgleich die deutsche Regierung alles das Material, das reklamiert wurde, ausgehändigt habe, habe die alliierte Kontrolle keinerlei Sicherheit bezüglich dessen, was noch versteckt sei. Die Untersuchungen, die angestellt würden, seien so gründlich wie möglich, und die Arbeit werde erst beendet werden, wenn alle Regierungen davon überzeugt seien, daß Deutschland nicht fähig sei, ein Heer ins Feld zu stellen, das eine Bedrohung für irgend ein Nachbarland bilden könnte. **Augenblicklich seien deutsche Waffen und Munition in solchem Umfange zerstört worden, daß in gut unterrichteten Kreisen die Ansicht bestehe, Deutschland sei für viele Jahre vollkommen außerstande, Frankreich anzugreifen.**

Der Fall Meunier

E. Paris, 24. Februar.

Der heutigen Kammersitzung liegen drei Interpellationen zum Fall Meunier vor. Die eine von dem sozialistischen Abgeordneten Uhry eingebrachte Interpellation verlangt **Aufklärung über die Verantwortlichkeit für die lange Dauer der Festhaltung Meuniers im Gefängnis**, die zweite von dem royalistischen Abgeordneten Léon Daudet eingebrachte Interpellation weist auf die Gefahr hin, die die nationale Verteidigung laufe, wenn gegenüber derartigen Verbrechen am Lande eine unerträgliche Nachsicht walte. Die kommunistische Gruppe fordert die Regierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Abstimmung zu bringen, durch den die persönliche Freiheit garantiert wird.

Um den peinlichen Eindruck zu verwischen, den die Affäre Meunier hinterlassen hat, haben die Abgeordneten Edouard Ignace und André Tardieu (ehemalige Mitglieder des Kabinetts Clemenceau, das für die Gefangenschaft Meuniers verantwortlich ist. D. Red.) einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern fordert, um volle Klarheit über die politische Verantwortlichkeit aller Art zu schaffen, die sich in der Affäre der Banque industrielle de Chine geltend gemacht habe. Dem „Matin" zufolge bezwecke dieser Antrag nichts geringeres als die Erhebung einer Anklage gegen Briand, Millerand und Loucheur. Das Blatt fordert aber nicht nur die Einleitung einer eingehenden Untersuchung, sondern **die Lösung der Beziehungen zwischen Politik und Finanz.**

Im Anschluß an die Entlassung des früheren Abg. Paul Meunier aus dem Untersuchungsgefängnis hat die sozialistische Kammerfraktion beschlossen, sofort eine weitere Entschließung einzubringen, **noch der künftighin der Staat für unschuldig erlittene Haft entschädigungspflichtig gemacht werden soll.**

Der Doppelmörder Grupen entflohen

Hirschberg, 24. Februar.

Wie der „Bote aus dem Riesengebirge" bekanntgibt, ist der Kleppelsdorfer Doppelmörder, Peter Grupen, dessen Verurteilung durch den Entscheid des Reichsgerichts vorgestern rechtskräftig geworden war, in der vergangenen Nacht aus dem Gerichtsgefängnis ausgebrochen und entflohen.

Polizeikonflikt in Halle

Nationalistischer Radau

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 24. Februar.

Gegen den rechtssozialistischen Polizeidirektor von Halle, Stadtrat Dölz, haben die nationalistischen Kreise eine wüste Hetze unternommen um seine Uebernahme in den Staatsdienst, die mit der am 1. April erfolgenden Verstaatlichung erfolgen soll, zu hintertreiben. Bei einem Vergnügen einer berüchtigten Hundertschaft, wo unter Leitung eines Sipo-Offiziers „Heil Dir im Siegerkranz" gespielt wurde, trat dieser Polizeidirektor den Monarchisten in recht energischer Weise entgegen. Aus diesem an sich harmlosen Vorgang hat die Rechtspresse eine Hetze eingeleitet. Auf telegraphische Verordnung des Ministers des Innern Severing wurde der verantwortliche Leiter der Halleschen Sicherheitspolizei, Major Gaertner, seines Postens enthoben. Gestern haben die nationalistischen Organisationen unter Führung der Rechtsparteien und des Bürger-Bundes eine große Protestaktion eingeleitet. Man darf gespannt sein, wie der Minister dem Treiben der Sippschaft ein Ende machen wird. Daß er es tut, erwarten wir bestimmt.

Die neue Regierung in Braunschweig

Braunschweig, 24. Februar.

Wie das Presseamt mitteilt, hat das Staatsministerium die Geschäfte unter seine Mitglieder wie folgt verteilt: Junke Vorsitz, Zentralabteilung, Abteilung für Recht und Vertretung im Reichsrat; Steinbrecher Abteilung für Arbeit und Wohnungs- und Siedlungsangelegenheiten; Antrick Abteilung für Forsten, Domänen und Bergwerke, Abteilung für Handel und Verkehr sowie Ernährungs- und Gesundheitswesen; Grotewohl Volksbildung und Wesemeier Inneres und Finanzen.

Ermäßigung der Zigarettensteuer. Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 23. 2. wird die Tabaksteuer für Zigaretten im Kleinverkaufspreise von 25, 30, 40 und 50 Pf. das Stück mit Wirkung vom 15. 3. dieses Jahres ab um 20 v. H. ermäßigt. Es ist damit den Wünschen der Zigarettenindustrie, soweit es nach Lage der geltenden Bestimmungen durchführbar war, entsprochen worden.

Der Stand der Arbeitslosigkeit

55 500 Erwerbslose in Groß-Berlin

Ausgangs Januar wurden in Berlin (Verwaltungsbezirke I—XX) insgesamt rund 55 500 Erwerbslose (davon 42 700 männliche und 12 800 weibliche) unterstützt. Der Abgang an Erwerbslosen betrug im Laufe des Monats Januar rund 19 200 (davon 15 200 männliche und 4000 weibliche), der Zugang rund 17 300 (davon 14 700 männliche und 2600 weibliche).

Es schieden aus infolge: Arbeitsaufnahme 13 526, Arbeitsverweigerung 105, Fernbleibens von den Geschäftsstellen 1916, Ablebens 26, Verheiratung 23, Abwanderung 47, sonstiger Gründe 3560. — Von den 55 500 Erwerbslosen waren rund 20 300 organisiert.

Es befanden sich im Alter: Männliche: zwischen 16 und 18 Jahren 941, zwischen 18 und 21 Jahren 4448, über 21 Jahre 37 357 (davon 31 469 verheiratet); Weibliche: zwischen 16 und 18 Jahren 253, zwischen 18 und 21 Jahren 572, über 21 Jahre 11 951 (darunter 3456 verheiratet, 5611 verwitwet).

Die Zahl der Zuschlagsberechtigten betrug rund 55 000. Seit Februar 1921 und länger waren ausgangs Januar 1922 noch 7598 Männliche und 2308 Weibliche erwerbslos.

Schülermonatskarten auch für Lehrlinge. Nach einer neuen Bestimmung des Reichsverkehrsministers sind in Zukunft auch Lehrlinge zur Lösung von Schülermonatskarten berechtigt, wenn sie auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages ein Handwerk erlernen und das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben. Ferner wird Studierenden und auswärtigen Schülern für

---

All diese Berichte bringen immer dieselben Klagen: übermäßige Arbeitszeit, unzulängliche Behausungsverhältnisse, schlechte Verpflegung, keine Barentlohnung, aber auch keine Berufsausbildung, dagegen Aufbürdung von haus- und landwirtschaftlichen Arbeiten und gelegentlich Mißhandlungen. Die Berichte beweisen, daß heute noch dieselben Verhältnisse obwalten, wie sie in dem zitierten Bande der „Großstadt-Dokumente" schon vor 16 Jahren dargestellt worden sind, Zustände, die einem das Recht geben, von diesen „Lehrherren" als von Sklavenhaltern zu sprechen. Beschwerden, die der „Deutsche Musiker-Verband" in jedem einzelnen der oben erwähnten Fälle bei zuständiger Stelle eingelegt hat, brachten keine befriedigenden Erfolge. Das Gewerkschaftsorgan schreibt selbst:

„Ein ausreichender gesetzlicher Schutz, dem Unternehmer, der seine Pflichten den Lehrlingen gegenüber aufs gröblichste verletzt, das Handwerk zu legen, besteht leider nicht. Allerdings hat der Minister des Innern 1907 eine Verordnung erlassen, nach der in Fällen, wo Leiter von Musikkapellen durch Halten einer übermäßigen Anzahl von Lehrlingen deren sachgemäße Fachausbildung gefährden, den untern Verwaltungsbehörden gemäß § 128 der G. O. die Befugnis zusteht, einer derartigen „Lehrlingszüchterei" durch Beschränkung der Anzahl der Lehrlinge wirksam entgegenzutreten. Leider versagen die untern Verwaltungsbehörden in den meisten Fällen, wenn es sich darum handelt, gegen die Ausbeutung der Musiklehrlinge mit der nötigen Schärfe vorzugehen."

Nach alledem wird klar, was es für den Berufsmusikerstand bedeutet, wenn der „Deutsche Musiker-Verband" selbst die musikalische Ausbildung seines Nachwuchses besorgen kann. Er erfüllt damit eine öffentliche Bildungsaufgabe nicht weniger als eine sozial-hygienische und sittliche, indem er den üblen Stadtpfeifereien den Anschein einer Existenzberechtigung als Lehrlingszüchtereien nimmt. Wer seinen Jungen Musiker werden lassen möchte, wende sich an den „Deutschen Musiker-Verband". Ist der Knabe musikalisch begabt, wird dieser für seine gediegene berufliche Ausbildung sorgen, ist aber keine hinreichende Befähigung für den Musikerberuf vorhanden, so wird die öffentliche Berufsberatung andere Wege weisen. Es ist aufs innigste zu wünschen, daß die „Opfertage" die Mittel einbringen werden, die der „Deutsche Musiker-Verband" braucht, um sein Vorhaben durchzusetzen.

Kleines Schauspielhaus. Auf der Suche nach einem zugkräftigen Lustspiel hat das Kleine Schauspielhaus glücklich die Testamentsvollstrecker Oskar Blumenthals entdeckt. „Der keusche Lebemann" von Franz Arnold und Ernst Bach ist wirklich ein lustiger Schwank, über dessen harmlose Situationswitze man lachen muß, ob man will oder nicht. Der keusche Lebemann (Viktor Schwannecke) ist ein spießbürgerlicher Provinzkaufmann, der ein Verhältnis mit einer Filmdiva markieren muß, um der Tochter seines Kompagnons heirats- und liebesfähig zu erscheinen. Das ist sicher nicht neu, aber dieser Kompagnon ist Guido Tielscher, der über die Bühne quirlt und quasselt wie in seinen besten Zeiten. Ihm gehörte in erster Linie der Erfolg des Abends. H. E. K.

Frankfurter Goethewoche. Die Zeit hat auch eine der schönsten Erinnerungsstätten des alten Frankfurt nicht verschont: das Geburtshaus Goethes. Nur durch einen Kostenaufwand von mindestens 3 Millionen Mark kann das morsche Gebälk durch neues ersetzt und das Haus vor dem Einsturz gerettet werden.

Die Beschaffung der nötigen Mittel macht, da es sich nicht um ein Börsengeschäft handelt, und auch keine Orden dabei zu erhaschen sind, große Schwierigkeiten. Allerdings gäbe es auch heute noch einen Weg, Bauwerke von kulturgeschichtlichem Wert zu erhalten, wenn man einfach den ganzen Kunsttitsch der wilhelminischen Aera auf Abbruch versteigern oder als Merkwürdigkeiten ins Ausland verkaufen wollte. In der braven Apfelweinstadt hat natürlich niemand solch gotteslästerliche Gedanken. Immerhin verdient es Anerkennung daß die Veranstalter der Goethe-Woche einen Weg zur wenigstens teilweisen Beschaffung der Geldmittel gefunden haben, der sich von dem üblichen Wohltätigkeitsrummel angenehm abhebt. Im Rahmen einer „Goethe-Woche" finden vorzugsweise im Opernhaus eine Reihe künstlerischer Veranstaltungen bei wesentlich erhöhten Preisen unter Mitwirkung von Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Fritz von Unruh und Rudolf G. Binding statt, über die wir noch berichten werden. Gegen einen kräftigen Aderlaß der recht zahlungsfähigen Frankfurter oberen Zehntausend für diesen guten Zweck ist natürlich nichts einzuwenden.

Herr Reichspräsident Fritz Ebert, der scheinbar nicht nur in Weimar, sondern auch in Frankfurt a. Main dem „genius loci" huldigen will, haben sein persönliches Erscheinen zur Eröffnungsfeier am Montag, den 27. Februar, zugesagt. Unter diesen Umständen kann der Erfolg, den auch wir den Veranstaltern von Herzen wünschen, gewiß nicht ausbleiben. Waldemar

Tages-Notizen

Vorträge. In der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde spricht am Dienstag, 8 Uhr, Paul Olberg über: Sowjetrußlands Politik im Orient, besonders in Turkestan, Aserbeidschan, Georgien und Armenien. Der Vortrag findet Dorotheenstr. 6, im Hörsaal 3 statt. Eintritt frei.

Blüthnerorchester. Im Sonntags-Konzert, 7½ Uhr, im Blüthner-Saal wirken als Solisten mit: Gertrud Hirschler-Marks (Klavier) und Godfried Zeelander (Cello). Dirigent: Camillo Hildebrand.

Ausstellungen. Das Graphische Kabinett J. B. Neumann, Kurfürstendamm 232, zeigt neben der Ärmsle-Ausstellung die wenig bekannten 50 Radierungen von Eduard Manet.

Allgemeiner Bildungsverband. Sonntag nachm. 3 Uhr Sondervorführung in der Urania, Taubenstr. 48: „Jerusalem", Karten 3,50 M. bei Brauns, Grüner Weg 28; Horsch, Engelufer 25; Jacobowsky, Alexandrinenstr. 101.

Deutsche Friedensgesellschaft. Freitag, 7 Uhr, Bürgersaal des Rathauses, berichtet Martha Steinitz über: Sechs Wochen bei Lazifisten und Quäkern in England.

Eisenbahnfahrten zwischen Universität oder Schule und Wohnort zu Beginn und am Schluß des Semesters sowie bei längeren Ferien eine Ermäßigung des Fahrgeldes in der 3. und 4. Klasse um die Hälfte gewährt. Die Ermäßigung soll schon zu den bevorstehenden akademischen Ferien in Kraft treten. Die näheren Bestimmungen sind in Vorbereitung und werden demnächst mitgeteilt; die Außenstellen können zurzeit Auskunft noch nicht erteilen.

Verkehrsnot in Tegelort und Heiligensee

Eine Folge von Maßregelungen

Uns wird geschrieben: Wie überall in den städtischen Betrieben, sind auch bei der Straßenbahnlinie Tegel—Tegelort—Heiligensee, Maßregelungen erfolgt. Vor der Eingemeindung der Orte nach Berlin war ein guter, regelmäßiger, den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung Rechnung tragender Verkehr auf dieser Linie möglich. Gleich nach der Eingemeindung änderte sich dieses.

Ganz unhaltbare Zustände sind aber jetzt nach dem Streik in den städtischen Betrieben bei dieser Linie eingerissen. Durch die Maßregelungen ist ein bedeutender Mangel an Straßenbahnschaffnern und -führern entstanden.

Es ist nicht möglich, den ½stündlichen Verkehr auf dieser Linie aufrecht zu erhalten und wird jede Stunde nur je ein Wagen in beiden Richtungen gefahren. Die Folge davon ist, daß in den Hauptverkehrsstunden bei Stellung von schlechtem Wagenmaterial, Störungen, wie Kabelbrände, Entgleisungen usw. an der Tagesordnung sind. Nicht einmal der stündliche Verkehr wird dadurch eingehalten. Der Bevölkerung ist es nicht möglich, rechtzeitig zur Arbeitsstätte zu gelangen. Die werktätige Bevölkerung fordert, daß der Magistrat umgehend vormittags von 5—8½ Uhr und nachmittags von 3—8 Uhr den ½stündlichen Verkehr wieder einrichtet, da die Straßenbahn die einzigste Verkehrsmöglichkeit im Orte ist.

Die „Notlage" des Millionärs

Ein Kriegsgewinnler in Reinkultur

Vor der Strafkammer des Landgerichts III erschienen gestern unter der Anklage des gewerbsmäßigen und verschleierten Wuchers der Bankier Vogdt und der Kaufmann Richter. Beide wurden beschuldigt, dem Kaufmann und Villenbesitzer Socher in Wannsee bei einem Darlehnsgeschäft über 37 000 M. unter Ausbeutung der Notlage des S. Wucherzinsen abverlangt zu haben. Da dem Gericht es etwas rätselhaft erschien, wie die „Notlage" eines mehrfachen Millionärs ausgebeutet werden könnte, mußte es sich mit der Persönlichkeit des Zeugen S. etwas näher befassen.

Der Zeuge bekundete unter Eid folgendes: Er sei mit einigen Ersparnissen aus Oesterreich nach Deutschland gekommen und habe hier während des Krieges zuerst mit Korbflaschen und dann mit Mehlsäcken gehandelt. Dann habe er sich auf Bouillonwürfel „geworfen" und damit so viel Geld verdient, daß er sich später in größtem Maßstabe an dem Ein- und Verkauf von ehemaligem Heeresgut beteiligen konnte. Hierbei verdiente er soviel Geld, daß er sich in Wannsee eine hochmoderne schloßartige Villa mit dem gesamten kostbaren Mobiliar von 20 Zimmern und einer wertvollen Bibliothek kaufen konnte, deren Wert inzwischen auf zirka 7 bis 8 Millionen Mark gestiegen ist, wie der Zeuge selbst bekundet. Da ihm die Griffe seiner Benz-Limousine nicht gut genug waren, ließ er sie echt vergolden.

Als infolge eines gegen den Zeugen angestrengten Zivilprozesses eine Pfändung in seiner Villa vorgenommen wurde, trat er durch Vermittlung des Richter an Vogdt wegen Aufnahme eines Darlehens von 37 000 Mark heran. Die Angeklagten sollen nach der Anklage für dieses nur vier Wochen laufende Darlehen 7000 Mark Zinsen verlangt haben, was einem Zinsfuß von etwa 225 Prozent entspricht. Der Staatsanwalt hielt einen Wucher für nachgewiesen und beantragte je zwei Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Von den Verteidigern wurde die Freisprechung beantragt, da von einer Notlage bei dem Zeugen keine Rede sein könne. Dieser habe sich nur deshalb in einer vorübergehenden Geldverlegenheit befunden, weil er sich scheute, etwas von seinen Besitzstücken zu verkaufen, da er eine weitere Preissteigerung abwarten wollte. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an und erkannte auf Freisprechung.

Das sparende Berlin. Der Spareinlagenbestand bei der Sparkasse der Stadt Berlin betrug am Ende des vorigen Jahres 1 817 001 458 M., wozu noch die im Laufe des Jahres aufgelaufenen, den Sparern gutgeschriebenen Zinsen mit 54 721 288 M. kommen. An Sparbüchern waren im Umlauf 1 900 395 Stück. Der Giroeinlagenbestand betrug 347 945 265 M. Die Zunahme in diesem Geschäftszweige belief sich auf rund 135 Millionen Mark, ein Beweis dafür, daß die Einführung des Giroverkehrs einem dringenden Bedürfnis der weitesten Bevölkerungskreise entsprach.

Zur Nachahmung empfohlen. Von der Betriebskrankenkasse der A. E. G. und deren Tochtergesellschaften ist in der Nollendorfstraße 21a die Klinik „Sanitas" eröffnet worden, in der Haut-, Harn- und Geschlechtskranke beiderlei Geschlechts Aufnahme finden. Der Klinik, die ungefähr 40 Betten umfaßt, ist ein Ambulatorium für die Nachbehandlung der aus der Klinik entlassenen Kranken, ein Institut für medizinische Diagnostik und ein Röntgeninstitut nebst Lichtbehandlungsanstalt und Diathermie angegliedert.

Das Opfer eines Mädchenhändlers? Im Juni v. J. verließ die 19jährige Luise Frey, die bis dahin bei ihrem Stiefvater in der Großen Frankfurter Straße 130 gewohnt hatte, ihre Arbeitsstelle mit der Begründung, daß ihr ein Mann, den sie kennen gelernt, eine „gute Stelle" außerhalb Berlins besorgen wolle. Am 17. Juni verließ sie Berlin und hat seitdem nichts mehr von sich hören lassen. Alle Nachforschungen des Stiefvaters und der Vermißtenzentrale des Polizeipräsidiums blieben erfolglos. Es wird vermutet, daß die Vermißte von einem Mädchenhändler verschleppt worden ist. Die Frey ist etwa 1,35 Meter groß und hat über dem linken Auge eine Narbe.

Gewerkschaftliches

Russische Bilder

Auf der letzten Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission berichtete Gen. Vollmershaus über seine Beobachtungen, die er in Rußland machte. Wir tragen heute folgende Schilderung nach, die bis jetzt nicht bekannte Details enthält:

Eingehend besprach Vollmershaus die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands zum Kapitalismus und entwarf ein düsteres Bild über die furchtbaren Leiden der dem Hungertode Ausgelieferten. Das Verkehrswesen liegt völlig danieder. Die Eisenbahn ist gänzlich heruntergewirtschaftet, Viehwagen dienen zum Transport der Bevölkerung. Die Postverhältnisse sind trostlos. Ein Brief, der am 16. Januar die Grenze passierte, hat dem Empfänger am 8. Februar in Moskau erreicht! In kultureller Beziehung ist nichts zur Hebung des Volkes getan worden. Schulen sind zwar eingerichtet, ein Schulzwang besteht nicht und augenblicklich fällt der Unterricht wegen der Kälte aus. **Bücher und Zeitungen sind in keinem Arbeiterhause zu finden.** Die Kirche ist vom Staate getrennt; doch leben die Popen ebenso gut als früher.

Ausführlich schilderte V. die Zustände im Hungergebiet, wie er sie schon in seinen Aufsätzen dargelegt hat und ging auf die Arbeitsverhältnisse in Moskau selbst ein. Der Verdienst der Arbeiter beträgt etwa 75 000 Rubel. Dazu erhalten sie 20 Pfd. Mehl, 4 Pfd. Fleisch, 2 Pfd. Heringe und 2 Pfd. Salz. Trotzdem ist die Lebenshaltung furchtbar herabgedrückt, da 1 Pfd. Brot im freien Handel 16 000 bis 18 000 Rubel kostet. Kein westeuropäischer Arbeiter könnte diese entsetzlichen Verhältnisse ertragen. Moskau gleicht einer aussterbenden Stadt. Man hat die sehr zahlreichen Holzhäuser abgerissen. Zentralheizung funktioniert nicht, eine Fahrt auf der Straßenbahn, die erst seit ganz kurzer Zeit wieder in Betrieb gesetzt ist, kostet 5000 Rubel. — Nach vielen Schwierigkeiten war es möglich, in Moskau eine Fabrik zu besichtigen und es zeigte sich hierbei die Unfähigkeit des bolschewistischen Regimes. **Der Wiederaufbau Rußlands ist im Interesse der gesamten Arbeiterschaft notwendig. Das bolschewistische System ist zusammengebrochen und der Kapitalismus tritt jetzt an seine Stelle,** da die Sowjetregierung sich noch immer nicht dazu verstehen kann, den Weg der Demokratie und des Aufbaues mit der gesamten Arbeiterschaft zu vollziehen. Deutschland muß sich aber an dem Aufbau Rußlands beteiligen.

Wir hoffen, daß es den vereinigten Anstrengungen der ganzen Welt gelingt, den Verfall des russischen Volkes aufzuhalten, es von den Hungerqualen erlöst und Rußland wieder in die Weltwirtschaft eingliedert.

„Des Vaterlandes Dank ist euch gewiß"

Von den beschäftigten Kriegswitwen des Berliner Haupttelegraphenamtes in der Oranienburger Straße erhalten wir eine längere Zuschrift, in der uns mitgeteilt wird, daß allen zum 28. Februar 1922 gekündigt wurde. Darunter befinden sich welche, die bereits 3, 4 und 5 Jahre und auch noch länger tätig sind. Als Beamtinnen wurden sie nicht übernommen, da sie infolge des anstrengenden Nachtdienstes gesundheitlich litten und bei der ärztlichen Untersuchung durchfielen. Sie werden deshalb jetzt als lästiges Uebel empfunden, das man auf die Straße setzt. Wie die Zuschrift weiter mitteilt, ist es den Entlassenen jetzt sehr schwer, andere Beschäftigung zu finden, da sie schon zu lange aus dem kaufmännischen Beruf heraus sind. Ihre einzigen Einnahmen bestehen dann in der kleinen Witwen- und Waisenrente, welche für eine Witwe mit einem schulpflichtigen Kinde ca. 300 bzw. 400 Mark beträgt. Die Gekündigten haben sich an das Reichspostministerium und an die Oberpostdirektion gewandt, ohne daß sie bis jetzt eine Antwort erhielten.

Wir halten die rigorose Entlassung dieser Angestellten, die man während der Kriegsjahre so notwendig brauchte und nach allen Regeln der Kunst ausbeutete, für eine Brutalität. Mindestens kann verlangt werden, daß das Reichspostministerium diese Kriegerwitwen mit einem größeren Betrag abfindet.

Nur Arbeit kann uns retten!

Aussperrung der Spiegelglasarbeiter in Fürth.

Die Fürther Spiegelglasindustrie gehört zu den blühendsten Industriezweigen, und während des Krieges wie später haben die Industriellen geradezu fabelhafte Gewinne gemacht. Trotzdem die Arbeiterschaft voll ihre Pflicht erfüllte, kam bei jeder Lohnverhandlung das Verlangen der Industriellen nach Einführung der Akkordarbeit zur Geltung. Die Arbeiterschaft war dafür nicht zu gewinnen und konnte, gestützt auf eine gute Organisation, das Verlangen der Industriellen stets zurückweisen. Die neue ungeheure Teuerung brachte Lohnforderungen der Arbeiter. Die Industriellen wiesen sie zurück und verlangten Akkordarbeit. Als die Arbeiterschaft dies Verlangen in der bestimmtesten Form ablehnte, wurden am 20. Februar 2600 Glasarbeiter ausgesperrt. Das Verhalten der Industriellen ist als rücksichtslos und brutal zu bezeichnen. Aufträge über Aufträge liegen vor, hohe Valutagewinne werden gemacht, alle Aufträge wandern ins Ausland und die Nachfrage ist bedeutend größer als die Produktion. In dieser beispiellos günstigen Zeit werden die Arbeiter aus den Betrieben geworfen, weil sie ein für sie ganz unhaltbares Akkordsystem ablehnen. Dabei schreit alle Welt: Nur Arbeit kann uns retten! Wir fragen hier wieder einmal, wer die Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert. Die Arbeiterschaft der Fürther Spiegelglasindustrie steht geschlossen und wird den Anschlag auf ihre Rechte entschieden und bestimmt ablehnen.

Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Am Sonntag, den 19. d. Mts., erstattete in der Jahresgeneralversammlung des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Berlin, der Vorsitzende Hodapp den Jahresbericht. Danach haben sämtliche der Zahlstelle angeschlossenen Industriegruppen im Berichtsjahre je fünf Lohnbewegungen geführt. Die durchschnittliche Erhöhung der Löhne betrug im Berichtsjahre 105 bis 120 Prozent, einige kleinere Gruppen schlossen bedeutend günstiger ab. Für die Gruppe der Brauereiarbeiter wurde ein neuer Manteltarif abgeschlossen. Der Manteltarif für die Mühlenarbeiter wurde mit einigen Verbesserungen verlängert. Einen breiten Raum nahm auch die Errichtung von Arbeitsordnungen, die auf Grund des BRG. errichtet werden mußten in Anspruch. Die sämtlichen von der Zahlstelle vertretenen Industriegruppen befinden sich bereits in neuen Lohnbewegungen. Die Zahlstelle hat mit 6003 zahlenden Mitgliedern ihren Höchststand seit Bestehen erreicht. Den Kassenbericht gab Kastner. Die Verbandskasse hat bei einer Einnahme von 779 728,45 M. eine Ausgabe von 248 933,71 Mark; 530 792,74 Mark konnten an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Lokalkasse weist am Jahresschluß einen Bestand von 115 878,21 Mark aus. An Unterstützungen wurden im Berichtsjahre insgesamt 208 939,— Mark gezahlt.

In der anschließenden Aussprache wurde an der Tätigkeit der Ortsverwaltung mit keinem Wort Kritik geübt. Dagegen machten die Kollegen Boy und Bodsch ihren kommunistischen Bedrängnissen dadurch Luft, daß sie die Ortsverwaltung bzw. deren Angestellten für alle Vorkommnisse der letzten Zeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet verantwortlich machten.

Die Versammlung erteilte der Verwaltung einstimmig Entlastung. Zur Neuwahl des engeren Vorstandes und der Revisoren lag ein von der erweiterten Ortsverwaltung und der Vertrauensmännerversammlung einstimmig gefaßter Beschluß vor, den engeren Vorstand wieder zu wählen. Boy und Bodsch folgten der Moskauer Parole, indem sie die Versammlung im wahrsten Sinne des Wortes auseinanderredeten. Der Antrag der Ortsverwaltung und Vertrauensmänner wurde abgelehnt. Neue Vorschläge zur Vorstandswahl wurden von keiner Seite gemacht, so daß sich Ortsverwaltung und Vertrauensmänner erneut mit der Wahl des engeren Vorstandes zu beschäftigen haben werden. Der Verlauf dieser Versammlung gibt einen Vorgeschmack dafür, wie die Führung der Geschäfte der Zahlstelle unter kommunistischer Leitung aussehen würde.

Arbeitsnachweisangestellte! Für die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der Arbeitsnachweise und des Landesarbeitsamts der Stadtgemeinde Berlin findet am Mittwoch, den 1. März, nachmittags 3½ Uhr, im Arbeitsnachweis für das Transportgewerbe, Eingang Rückerstraße, eine Versammlung statt. Tagesordnung: „Die Antwort des Magistrats auf die eingereichten Vorschläge zwecks Abschluß eines Tarifvertrages". — Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Arbeitersport

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin e. V. Flämingfahrt. Sonnabend, 6 Uhr, Charlottenburg, Moabit, Friedrichshagen. Sonnabend, 8 Uhr, Rummelsburg E., Steglitz, Strausberg, 8 Uhr, Schles. Bahnhof (Baracken). Osten: Löcknitz, 7 Uhr, Schles. Bahnhof. Jugend: Wedding, Königswusterhausen, Zossen, 7 Uhr, Treptow. Besichtigung der „Vorwärts"-Druckerei, 9 Uhr, Lindenstraße 3. Mitte (Jugend): Brieselang, 8.05 Uhr, Lehrter Hauptbahn. Mitte: Finkenkrug, Blütenheide, 7 Uhr, Gesundbrunnen. Norden: Strausberg, Erkner, 6.45 Uhr, Neukölln. Besuch der Urania 2 Uhr daselbst. Kinderführung.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 26. Februar. Zeuthen, Rangsdorf. Abf. 7.40 Uhr vorm., Görlitzer Bahnhof. Werftpfuhl, Stadtstelle, Blumenthal, Strausberg. Abf. 5.45 Uhr vorm., Wriezener Bahnsteig. Erkner. Abf. 7.07 Uhr vorm., Bhf. Weißensee (Stralau-Rummelsbg. umsteigen). Finkenkrug, Krämer, Velten. Abf. 7.21 Uhr vorm., Bhf. Putlitzstraße. Grunewald, Pechsee, Havelberge, Nikolassee. Abf. 7.50 Uhr vorm., Lehrter Bahnhof. Oranienburg, Sachsenhausen, Fließ, Oranienburg. Abf. 8.00 Uhr vorm., Bahnhof Beusselstraße (Bahnhof Gesundbr. umsteigen). Biesenthal, Pätzlickbrücke, Samithsee. Abf. 6.45 Uhr vorm., Bahnhof Neukölln. Erkner, Möllensee. Treff 6.30 Uhr vorm., Bahnhof Schmargendorf. — Kinderwanderungen durch den Grunewald. Treff 8 Uhr, Bahnhof Bellevue. Museum für Meereskunde. Treff 10.30 Uhr, Bahnhof Neukölln.

Schwimm-Verein „Welle" (Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes) veranstaltet am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der städtischen Badeanstalt an der Schillingsbrücke sein diesjähriges Schwimmfest. Zur Vorführung gelangen unter anderem: Damenkunstreigen, elektrische Lampenreigen, Knabenreigen, Mannschaftskämpfe und Wasserballspiele. Die Nachfeier findet in den Comeniussälen, Memeler Str. 67, statt.

Altersriegenturner Groß-Berlin. Freitag, 24. Februar, Zusammenturnen (Musterriegen für Leipzig), Turnhalle Prinzenstr. 70, abends 8—10 Uhr. 12. Männerabteilung Turnverein „Fichte". Die Turnstunden der Männer finden in der Turnhalle Steinstraße statt. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr, die Turnstunden der Lehrlingsabteilung, Gormannstraße, Montag und Donnerstag 8—10 Uhr. Mittwoch, 18. März, Eröffnung der 18. Frauenabteilung Turnhalle Hohenloheschule am Rudolfplatz, jeden Mittwoch abend 8—10 Uhr. Wir machen die Berliner Arbeiterschaft darauf aufmerksam und bitten um Unterstützung.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 24. Februar

Unterricht für die religionslosen Kinder in der Schule Wrangelstraße findet vorläufig wegen Kohlenmangel nicht statt.

Schöneberg-Friedenau. Heute abend 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Baum, Apostel-Paulus-Straße.

Sonntag, 26. Februar

Neukölln-Britz. Der Propaganda-Abend der Soz. Proletarierjugend muß umständehalber ausfallen.

Vereinskalender.

Freitag, 24. Februar

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung Tegel, Vereinshaus Hamulek, Hauptstr. 6. Thema: Die letzten Streiks und unsere Stellungnahme zur technischen Nothilfe. Mitgliederversammlung Weißensee, Rest. Spatenbräu, Weißensee, Berliner Allee 232.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Bücher-Verzeichnis der Buchhandlg. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Adler, Engels als Denker	Mk. 12.—
Ballod, Der Zukunftsstaat	„ 20.—
geb.	„ 30.—
„ Sowjet-Rußland	„ 8.—
geb.	„ 12.—
Crispien, Die Internationale	„ 3.—
„ Abrechnung mit den Rechtssozialisten	„ 2.—
„ Programm u. Taktik der USPD.	„ 5.—
„ Überflüssige Menschen	„ 5.—
Das kommunist. Manifest	„ 3.—
Der Kampf um die Sozialisierung	„ 4.—
Der moralische Zusammenbruch der SPD.	„ 2.—
Der Mord an Liebknecht und Luxemburg	„ 10.—
Der Zusammenbruch der Kriegspolitik	„ 2.—

Die Münchener Tragödie	Mk. 5.—
Die Revolution	„ 15.—
Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe	„ 3.—
Eichhorn über die Januarereignisse	„ 5.—
Eisner, Der Sultan des Weltkrieges	„ 5.—
Graf, Deutschland nach dem Frieden	„ 1.—
Haases Anklagerede	„ 2.—
Kautsky, Luxemburg, Liebknecht, Jogiches	„ 3.—
„ Was ist Sozialisierung?	„ 2.—
„ Wie der Weltkrieg entstand	„ 12.—
„ Demokratie oder Staatssklaverei	„ 12.—
Korsch, Was ist Sozialisierung?	„ 2.50

Jensen u. Lamszus, Schulkaserne oder Gemeinschaftsschule	Mk. 12.—
geb.	„ 18.—
Ledebour vor den Geschworenen	„ 2.—
Der Prozeß Ledebour	„ 40.—
Löwenstein, Elternbeirat	„ 2.—
Prager, Geschichte der USPD.	„ 50.—
Schneider, Klassenjustiz	„ 3.—
Seidel, Die Gewerkschaften in der Revolution	„ 3.—
Sender, Die Frauen und das Rätesystem	„ 2.—
Stein, Agrarfrage und Sozialismus	„ 3.—
Ströbel, Kriegsschuld der Rechtssozialisten	„ 4.—
Wurm, Richtlinien für ein Gemeindeprogramm	„ 1.—

Wurm, Frauenerwerbsarbeit	Mk. 2.—
Zietz, Willst du arm und unfrei bleiben	„ 1.—
Der kleine Samariter	„ 1.50
Dortu, Skizzenbuch	„ 10.—
„ Wir Männer vom Steinbruch	„ 15.—
Graf, Ins Leben hinein, gb.	„ 12.—
Hahne, Die den Krieg hassen	„ 5.—
John, Über See u. Heide, gb.	„ 12.—
Loele, Der Krötenteich	„ 12.—
„ Weg zum Haß, geb.	„ 12.—
Schönlank, Gesänge der Zeit	„ 2.—
Schwarzkopf, Die Schwelle	„ 12.—
Toller, Der Tag des Proletariats	„ 3.—

Proletarische Jugend

1. Hackmack, Arbeiterjugend u. sexuelle Frage	Mk. 5.—
2. Seger, Proletarierjugend und Theater	„ 5.—
3. Graf, Stammt der Mensch von Affen ab?	„ 5.—
4. Graf, Jung u. Alt i. d. prol. Jugendbewegung	„ 5.—
5. Hackmack, Einführung i. d. soz. Gedankenwelt	„ 5.—
6. Graf, Moses u. Darwin	„ 5.—
7. Seger, Die Werkstatt des Geistes	„ 5.—
8. Moses, Gesundheitspflege der arb. Jugend	„ 5.—

Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte

1. Aufhäuser, Das Gesetz über Betriebsräte	Mk. 8.—
2. Rudolf Weck, Der Betriebsobmann	„ 6.—
3. Hertz u. Boenheim, Der Mieterschutz	„ 4.—
4. Das Reichswahlgesetz	„ 6.—
5. Konrad Ludwig, Preußen	„ 2.50
6. Karl Leid, Die Stadtgemeinde Berlin	„ 6.—
7. Prager, Das Reichseinkommensteuergesetz	„ 6.—
8. Erwerbslosenfürsorge	„ 10.—
9. Unterstützungsgesetz für Empfänger von Invaliden-, Alters-, Witwen-, Waisenrenten	„ 5.—